

Düsseldorf, 28.08.2020

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

das erste Plenum nach der parlamentarischen Sommerpause ist vorüber. Natürlich ist und bleibt das Thema Coronavirus bestimmend. Deshalb haben wir in einer Aktuellen Stunde über die Corona-Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen debattiert. Hierbei ist uns wichtig, nicht in politische Grabenkämpfe zu verfallen. Auch puren Aktionismus wollen wir vermeiden. Die nächsten Wochen und Monate werden wir weiter daran arbeiten, die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen. Das gilt für den Gesundheitsschutz, aber auch für Begrenzungen und die eingeführten Vorkehrungsmaßnahmen.

Daneben haben wir weiter an unserem Nordrhein-Westfalen gearbeitet und Initiativen umgesetzt:

Aus der Fraktion

Stärkung der Kommunen: Land steht an der Seite der Städte und Gemeinden

Wir wollen den NRW-Kommunen den Rücken stärken. Mit einem Entschließungsantrag „Stark vor Ort – Unterstützung und Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit vor, während und nach der Krise“ haben wir die Bedeutung einer kommunalfreundlichen Politik untermauert.

Seit der Regierungsübernahme der NRW-Koalition stehen wir Seite an Seite mit den Kommunen im Land und stellen hunderte Millionen Euro zur Verfügung für Städtebau, Dorferneuerung, Heimatförderung, Straßenbau, Schienennetz, Kitas, Schulen und Familien. Auch während der Pandemie haben wir uns für die Städte und Gemeinden eingesetzt: Die Soforthilfe für die Stärkungspakt-Gemeinden mit 342 Millionen Euro, vorzeitig zwei Milliarden Euro durch Flexibilisierung der Auszahlung für das GFG 2020, Ein-springen für Gewerbesteuer-Ausfälle mit 1,4 Milliarden Euro (plus weitere 1,4 Milliarden Euro vom Bund), Erstattung des Einnahme-Minus‘ im ÖPNV in Höhe von 200 Millionen (mit Bund insgesamt 700 Millionen) Euro, Übernahme der kommunalen Eigenanteile in der Städtebauförderung mit 132 Millionen Euro, Erstattung der Elternbeiträge in Kitas und Ganztagschule mit rund 230 Millionen Euro, Stärkung des Brauchtums und Ehrenamtes mit 50 Millionen Euro sowie der Innenstädte mit 70 Millionen Euro. Und: NRW hat sich in Berlin für eine größere Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft (KdU) stark gemacht, was unseren NRW-Kommunen eine Milliarde Euro Luft zusätzlich jedes Jahr verschafft.

Mit unserem Entschließungsantrag stellen wir sicher, dass Nordrhein-Westfalen diesen Weg der Partnerschaft von Land und Stadt weitergeht. Und wir machen deutlich, dass unser erklärtes Ziel eine nachhaltige Lösung der Altschulden-Problematik ist. Wir stehen zu unserer Kommen! Wer anderes sagt, der war in den vergangenen drei Jahren vermutlich auf einer einsamen Insel – aber sicher nicht in NRW

Mehr Opferschutz im Strafverfahren

CDU und FDP wollen den Schutz von Opfern im Strafverfahren stärker verankern. Denn: Unser Ziel ist es, den besseren Schutz von Opfern zu einem Kernthema des Landtags zu machen. Dafür muss der Opferschutz stärker im Strafverfahren verankert werden. Mit einem entsprechenden Antrag haben wir im Plenum dazu eine breite Zustimmung, bei Enthaltung der SPD-Fraktion, erhalten.

Es ist klar: Bei Opfern von Gewalt oder schambesetzten Straftaten und ganz besonders bei Kindern muss sichergestellt werden, dass die Aussage vor Gericht nicht zu einem weiteren Trauma führt. Ein starker Rechtsstaat braucht die Mithilfe der Opfer und muss sich nicht zuletzt deshalb schützend vor sie stellen. Für uns geht Opferschutz vor Täterschutz!

Unser Antrag zielt deshalb darauf ab, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz entsprechend geschult werden. Opfer sollen von Personen gleichen Geschlechts vernommen werden, sofern sie das wünschen. Und ganz wichtig: Wir wollen kindgerechte Wartezonen in den Präsidialgerichten, damit Kindern die Angst genommen und zudem absolut sichergestellt wird, dass sie dem Täter nicht begegnen müssen.

Missbrauchsermittlung: Erschwerniszulage als Zeichen der Wertschätzung

300 Euro monatlich mehr sollen Ermittler erhalten, die in ihrer täglichen Arbeit Darstellungen von Kindesmissbrauchs auswerten müssen. Das ist Inhalt eines Antrags, den wir als NRW-Koalition eingebracht haben. Mit der Zustimmung des Landtags setzen wir so ein Zeichen der Wertschätzung der Anstrengungen und Leistungen der Ermittlerinnen und Ermittler. Mit der Erschwerniszulage stärken wir weiter diejenigen, die wir so dringend brauchen, um die Rechte unserer Kleinsten zu stärken. Den unglaublichen Sumpf aus Missbrauch und dem Geschäft mit dessen Darstellung werden wir auch weiterhin konsequent und unnachgiebig mit allen Mitteln bekämpfen

Für die meisten ist es unvorstellbar, was sie jeden Tag leisten und Darstellungen von Vergewaltigungen von Kindern ansehen müssen, um diese Kinder aus ihrem Martyrium zu befreien. Aufklärungsquote und Fallzahlen steigen dank der hervorragenden Ermittlungsarbeit. Vier von fünf Tätern können überführt werden. Den Ermittlerinnen und Ermittlern und allen anderen Beteiligten in diesen Verfahren, die für diesen hohen Ermittlungsdruck auf die Täter sorgen, gebührt nicht nur unser Dank. Als Politik sind wir in der Pflicht, alles zu tun, um die Arbeit dieser Menschen so einfach und erträglich wie möglich zu machen – sie technisch gut auszurüsten und sie zu begleiten.

Kinderkrankentage: Wir stärken den Familien den Rücken

Bund und Länder haben sich an diesem Donnerstag darauf geeinigt, die Zahl der Kinderkrankentage angesichts der Corona-Pandemie um fünf Tage pro Elternteil beziehungsweise zehn für Alleinerziehende zu erhöhen. Das hatten Abgeordnete unserer CDU-Landtagsfraktion bereits Anfang dieser Woche vorgeschlagen. Deshalb freuen wir uns, dass der Bund unsere Ideen zur Erhöhung der Kinderkrankentage auf 15 pro Elternteil beziehungsweise 30 für Alleinerziehende übernommen hat. Viele Eltern haben in der Pandemiezeit ihre Kinderkrankentage bereits ausreizen müssen. Deshalb hoffen wir, dass die Erhöhung sehr zeitnah greift. Denn Familien haben eine besondere Bürde in der Coronakrise zu tragen, die Politik muss ihnen jetzt den Rücken stärken.

Aus der Landesregierung

Projekte für die Kohleregionen können starten – Bund-Länder-Vereinbarung unterzeichnet, Projekte vom Bund-Länder-Koordinierungsgremiums beschlossen

Auf der konstituierenden Sitzung des sogenannten Bund-Länder-Koordinierungsgremiums im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin wurden erste konkrete Projekte zur Gestaltung des Strukturwandels in den Kohleregionen auf den Weg gebracht. Aufgabe des Gremiums ist es, unter anderem die konkrete Projektauswahl zwischen Bund und Ländern zu koordinieren. Übergreifendes Ziel ist dabei, den Strukturwandel in den Kohleregionen zu begleiten, damit der Kohleausstieg für die betroffenen Länder zur Chance wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Für den Bund sind neben dem BMWi, welches den Vorsitz hat, die für den Strukturwandel zentralen Ressorts vertreten (BMF, BMI, BMAS, BMEL, BMVI, BMU, BMBF). Die Länder wurden von den Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien aus Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt sowie dem Minister für Regionalentwicklung des Freistaates Sachsen vertreten.

Nähere Informationen finden Sie hier: www.land.nrw/de/pressemitteilung/projekte-fuer-die-kohleregionen-koennen-starten-bund-laender-vereinbarung

Kabinett beschließt Einrichtung von Koordinierungsstelle für Cybersicherheit

Auf Vorschlag von Innenminister Herbert Reul und Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat das Landeskabinett heute (25. August 2020) die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle für Cybersicherheit Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Sie wird in der neuen Digitalabteilung des Innenministeriums angesiedelt. Als zentrale Servicestelle der Landesregierung soll sie in Zukunft dazu beitragen, das Schutzniveau der Cybersicherheit in Nordrhein-Westfalen kontinuierlich zu erhöhen. So sollen sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen und kritische Infrastrukturen wie Kraftwerke und Krankenhäuser besser vor dem Risiko von Cyberangriffen geschützt werden.

In der Koordinierungsstelle werden demnächst für die Cybersicherheit relevanten Daten und Informationen für die Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen zentral gebündelt und weitergeleitet. Außerdem soll die neue Einrichtung den Kontakt zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) halten. Durch die Ansiedlung im Innenministerium ergeben sich viele Synergien mit den Sicherheitsbehörden. Mit der Spionage- und Cyberabwehr des Verfassungsschutzes und dem Cybercrime-Kompetenzzentrum des Landeskriminalamts leistet das Ressort bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur Cybersicherheit im Land.

Zur vollständigen Pressemitteilung: www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/kabinett-beschliesst-inrichtung-von-koordinierungsstelle-fuer-cybersicherheit

Gerne stehe ich Ihnen bei Fragen zu den Themen, aber auch für Ihre Anliegen zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen und bleiben Sie gesund!

Ihre

Heike Wermer